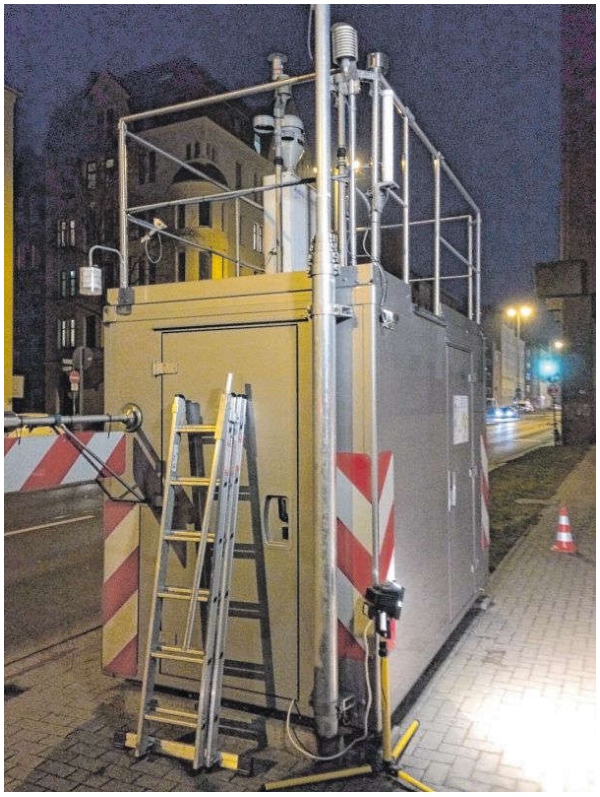
Diesel-Autos drohen Fahrverbote

Umweltdezernat denkt über Straßensperren nach

Hannover. Es schädigt die Atemwege und kann Herz-Kreislauf-Krankheiten auslösen: Stickstoffdioxid. Vor allem Asthmatikern und Allergikern macht das ätzende Reizgas schwer zu schaffen. Auch Pflanzen, Böden und Grundwasser leiden. Doch die Städte kommen bei ihrem Mühen für reinere Luft nur schleppend voran. Jetzt drohen möglicherweise Fahrverbote für Diesel-Autos und Lastwagen, die als Hauptverursacher für die Schadstoffemissionen gelten. In Hannover denkt das Umweltdezernat schon über einzelne Straßensperren nach.



DIE MESS-STATION AN DER VIEL BEFAHRENEN GÖTTINGER CHAUSSEE.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt wurde 2016 der zulässige Jahresgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter erneut weit überschritten. Ergebnisse im dreistelligen Bereich sind in der Mess-Station an der viel befahrenen Göttinger Chaussee gerade während der Rushhour keine Seltenheit. Auch Oldenburg, Osnabrück, Hildesheim und Hameln rissen wie schon im Vorjahr die von der EU gesetzte Marke. In Bremen herrschte ebenfalls dicke Luft: Die Hansestadt verzeichnete 41 Mikrogramm Stickdioxid. Bundesweiter Schmutz-Spitzenreiter war Stuttgart, dort wurden 82 Mikrogramm registriert.

Eine leichte Besserung gegenüber 2015 vermeldet dagegen Andreas Hainsch, der Leiter des beim Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim angesiedelten Lufthygienischen Überwachungssystems, für Göttingen und Braunschweig. „Die haben 2016 mit genau 40 Mikrogramm eine Punktlandung hingelegt." Nicht ausgeschlossen sei allerdings, dass diese beiden Städte in diesem Jahr wieder in die Sünderliste zurückkehren könnten. Anders als in früheren Jahren bereiten in Niedersachsen aber Feinstaub und Ozon keine Probleme mehr.

Die von den Diesel-Abgasen betroffenen Kommunen arbeiten derzeit an neuen „Luftreinhalteplänen". Denkbar sind diverse Maßnahmen, um die Stickstoffdioxid-Belastung an den „Hot Spots" zu senken: etwa die Umrüstung der städtischen Busflotten auf Elektroantrieb oder mehr „grüne Wellen", um den Schadstoffausstoß beim Bremsen und Beschleunigen zu vermindern. Aber auch drastischere Mittel sind im Gespräch: Fahrverbote, das partielle Sperren von Strecken, eine City-Maut. Hannovers Umweltdezernat berechnet bereits, wie und wohin der Ausweichverkehr fließen würde, wenn man die enge, vierspurige Marienstraße am Rande des Zentrums dicht macht.

Von generellen Fahrverboten hält Niedersachsens grüner Umweltminister Stefan Wenzel nicht viel. „Das ist nicht zielführend." Der Ressortchef setzt vielmehr auf Investitionen in eine technische Reduktion von Schadstoffen und fordert vom Bund dafür jährlich eine halbe Milliarde Euro Fördermittel. Damit könnten die Kommunen ihre Busse modernisieren, Carsharing-Projekte vorantreiben und Taxi-Unternehmen zum Umstieg auf Elektro- oder zumindest Hybrid-Autos bewegen.

Letztes Mittel: Blaue Plakette

Sollte dies alles nichts fruchten, kommt für Wenzel als letztes Mittel freilich auch eine „blaue Plakette" in Betracht, die nur noch saubere Diesel-Fahrzeuge nach der Euro-6-Norm in die städtischen Umweltzonen hineinlassen würde. Sein in Niedersachsen für Verkehr zuständiger SPD-Kabinettskollege Olaf Lies lehnt wie Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) den neuen Aufkleber allerdings kategorisch ab. „Über alle anderen klugen Vorschläge können wir immer gern reden", betont ein Lies-Sprecher. Wenzel mahnt derweil die große Koalition in Berlin, sich endlich auf geeignete Schritte zu einigen und das wichtige Thema nicht über die Bundestagswahl im September zu verschleppen. „Der Bund darf die Kommunen bei der Lösung der Probleme nicht im Stich lassen."

Die Zeit drängt. Zwar ist Niedersachsen laut Umweltministerium dank einer Fristverlängerung nicht wie Bremen, Hamburg, Hessen oder Baden-Württemberg vom laufenden Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland betroffen. Erfolgreiche Klagen von betroffenen Anwohnern und Umweltorganisationen gegen die gesundheitsschädliche Luft sind aber nicht ausgeschlossen. Das Verwaltungs-gericht Düsseldorf hat jüngst die nordrhein-westfälische Hauptstadt verdonnert, angesichts der hohen Stickdioxid-Verschmutzung auch die Einführung von Streckenverboten zu prüfen. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.